

<input type="checkbox"/>	Nicht öffentlich	<input checked="" type="checkbox"/>	öffentlich
--------------------------	------------------	-------------------------------------	------------

An Herrn  
Oberbürgermeister Geisel  
Vorsitzender des Rates  
der Landeshauptstadt Düsseldorf

Düsseldorf, den 21.07.2017

### **Anfrage: Bezuschussung linksgerichteter Projekte in Düsseldorf**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Geisel,

immer wieder erhalten verschiedene Vereinigungen jährliche Zuschüsse, die politisch im linken Spektrum anzusiedeln sind. So erhält alleine das Zakk jährliche Zuschüsse i.H.v. über 954.000 Euro, obwohl sich unter den leitenden Angestellten mindestens eine Person befindet, die sogar strafrechtlich aktiv in Erscheinung treten ist und sich deshalb vor Gericht verantworten muss. Der Tatvorwurf lautet: Störung einer Versammlung und Landfriedensbruch.<sup>1</sup>

Neben dem Zakk erhält z.B. "Rock gegen Rechts" finanzielle Unterstützungen durch den Kulturausschuss. In den vergangenen Jahren waren es jeweils 4.000 Euro, bzw. 2.000 Euro in diesem Jahr. Werbende Unterstützer des Konzerts waren teilweise Organisationen, die vom Landesamt für Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen überwacht und der linksextremistischen Szene zugeordnet werden. Für das Jahr 2016 trifft dies u.a. auf die DKP zu, samt der Jugendorganisation SDAJ, Linksjugend Solid und Interventionistische Linke.

---

<sup>1</sup> Vgl. Onlineausgabe der Rheinischen Post: <http://m.rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/links-aktivisten-protestieren-gegen-10000-euro-strafe-aid-1.6749760>

<input type="checkbox"/>	Nicht öffentlich	<input checked="" type="checkbox"/>	öffentlich
--------------------------	------------------	-------------------------------------	------------

Einzelnen Gruppierungen wurde im Verfassungsschutzbericht sogar Gewaltbereitschaft vorgeworfen, z.B. Angriffe auf Werkpersonal und Polizeikräfte im Jahr 2015, denen zum Teil sogar Anschlagcharakter unterstellt wurde. An diesen Ausschreitungen war die von der autonomen Szene gesteuerte Interventionistische Linke (IL) maßgeblich beteiligt, führt der Verfassungsschutz in seinem Bericht weiter aus.<sup>2</sup>

Vor diesem Hintergrund bitte ich folgende Anfrage auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 21.09.2017 zu setzen und um Beantwortung durch die Verwaltung:

1. Überprüft die Verwaltung bei Bezuschussungsanfragen, ob der jeweilige Veranstalter und die mitwerbenden Unterstützer einen verfassungsfeindlichen politischen Hintergrund haben, z.B. durch die Hinzuziehung der Verfassungsschutzberichte, und werden diese Erkenntnisse dem jeweiligen Gremium mitgeteilt, dass über die Zuschüsse zu entscheiden hat?
2. Ist es der Verwaltung bekannt, dass Teile der unterstützenden Vereinigungen von "Rock gegen Rechts" in Düsseldorf vom Landesamt für Verfassungsschutz überwacht und als extremistisch eingestuft werden?
3. Welchen Einfluss haben strafrechtliche Verurteilung von Mitarbeitern bezuschusster Projekte auf künftige Förderungen?

Mit freundlichen Grüßen

Andre Maniera

**Beratungsfolge:**

Gremium:	Sitzungsdatum:
Rat	21.09.17

**Anlagen:**

<input type="checkbox"/>	beigefügt	<input checked="" type="checkbox"/>	nicht vorhanden
--------------------------	-----------	-------------------------------------	-----------------

---

<sup>2</sup> Vgl. Verfassungsschutzbericht des Landes NRW 2015, Seite 132 ff.